

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit am Mittwoch, dem 19.08.2020 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

David, Günter
Hericks, Roland
Lütkecosmann, Josef
Merschhemke, Valentin
Pohlmann, Franz
Schnittker, Alois
Wessels, Wilhelm
Willimzig, Jan
Willms, Anna Maria

SPD-Kreistagsfraktion

Hülk, Birgit **Vertretung für Frau Magdalene Bücken**
Kiekebusch, Heiner **ab 16:55 Uhr**
Postruschnik, Anja **Vertretung für Frau Diana Kurilla**
Schäpers, Margarete
Sparwel, Birgitta

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Lützenkirchen, Christoph
Raack, Mareike

UWG-Kreistagsfraktion

Kleinschmidt, Brigitte

Vereine/Verbände/Institutionen

Rütering, Heinz **Vertretung für Frau Karin Gottheil**

Verwaltung

Schütt, Detlef
Schenk, Stefan
Klostermann, Celine
Mohring, Wilfried
Tegelkamp, Sebastian
Terhörst, Anika
Wassing, Sigrid

Gäste

Spruch, Charlotte **Team Gesundheit**
Schartel, Andrea **Kolpingwerk Diözesanverband Münster, Projektleitung "Return"**
Langer, Robin **Kolpingwerk Diözesanverband Münster, pädagogischer Mitarbeiter**
Graute, Sebastian **Kolpingwerk Diözesanverband Münster, pädagogischer Mitarbeiter**

Vorsitzende Schäpers eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Presse, die Gäste und die Zuhörer.

Sodann stellt Vorsitzende Schäpers fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Vorstellung des Projektes ‚Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-9-1771
- 2 Vorstellung und Mitteilung zum Sachstand des Projektes RETURN
Vorlage: SV-9-1766
- 3 Bericht zum Übergang von der Schule in den Beruf im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-9-1777
- 4 Bericht zum Sachstand der Landesinitiativen „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und „Gemeinsam klappt´s“
Vorlage: SV-9-1779
- 5 Sachstandsbericht Betreuung Flüchtlinge
Vorlage: SV-9-1774
- 6 Förderung der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen und psychischen Behinderungen
Vorlage: SV-9-1773
- 7 Aktueller Stand zum Coronainfektionsgeschehen
Vorlage: SV-9-1807
- 8 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates erfolgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht. Anfragen der Ausschussmitglieder erfolgen weder im öffentlichen noch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Im Nachgang zu TOP 6 der Sitzung des AASSG vom 08.06.2020 wird mitgeteilt, dass die Unterbeschäftigungsquote im Kreis Coesfeld aktuell 4,6 (Stand August 2020) beträgt. Die jeweils aktuellen Werte sind unter folgendem Link in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht:

https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Kreise/Nordrhein-Westfalen/05558-Coesfeld.html?nn=25856&year_month=202008

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1771

Vorstellung des Projektes ‚Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung im Kreis Coesfeld

Vorsitzende Schäpers begrüßt Frau Charlotte Spruch als Vertreterin des ‚Team Gesundheit‘. Frau Spruch stellt das Projekt ‚Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt‘ anhand der als **Anlage 1** beigefügten Powerpoint-Präsentation vor und erläutert, dass das Team Gesundheit von der GKV NRW-weit mit der Projektbegleitung an 22 Standorten, so auch für den Kreis Coesfeld beauftragt sei.

Im Rahmen einer kooperativen Zusammenarbeit von Arbeitsförderung und gesetzlicher Krankenversicherung sollen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von ALG I und ALG II sowie arbeitssuchende Nichtleistungsempfänger/innen durch freiwillige Gesundheitsangebote vor Ort bei der Gesundheitsförderung und Prävention unterstützt werden.

MA Tegelkamp, Mitglied der Steuerungsgruppe des Projektes beim Kreis Coesfeld, berichtet, dass in regelmäßigen Treffen seit Herbst 2019 passende Angebote entwickelt worden seien, die zunächst in der kreiseigenen Maßnahme ‚Job Direkt‘ erprobt würden.

Zwar habe die Corona-Pandemie den Prozess zunächst für 3 Monate blockiert, jedoch würde ein Angebot ‚Rückenschule‘ im Rahmen des Projektes bereits auf eine positive Resonanz und Interesse bei den Maßnahmeträgern stoßen. Online-Kurse zu Themen wie ‚Gesundheit und Ernährung‘, ein neues Angebot zur Stabilisierung der psychischen Gesundheit und Schulungsangebote zum Thema ‚Motivierende Gesprächsführung‘ für die Mitarbeitenden in den Jobcentern vor Ort seien in Planung.

Vorgesehen sei auch ein Gutscheinmodell, in welchem Arbeitsuchende mittels eines Gutscheines Gesundheitsangebote vor Ort in Anspruch nehmen könnten, deren Kosten dann über das Budget des Projektes abgerechnet würden.

Ktabg. Merschhemke weist auf die große Bedeutung der seelischen Gesundheit in Corona-Zeiten hin. Frau Spruch bestätigt, dass zu diesem Thema ein hohes Interesse bestehe und dies im Rahmen des Projektes bearbeitet würde.

Dez. Schütt erklärt, dass sich der Kreis Coesfeld der Bedeutung des Themas bewusst sei. Er halte ein Feedback zu den Entwicklungen im Projekt in der nächsten Wahlperiode für sinnvoll.

Vorsitzende Schäpers bedankt sich bei Frau Spruch und MA Tegelkamp für den ausführlichen Vortrag.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-9-1766

Vorstellung und Mitteilung zum Sachstand des Projektes RETURN

Vorsitzende Schäpers begrüßt Frau Schartel, pädagogische Mitarbeiterin vom Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Münster sowie Herrn Langer und Herrn Graute, ebenfalls pädagogische Mitarbeiter

im Projekt ‚RETURN‘.

Anhand der als **Anlage 2** beigefügten Powerpoint-Präsentation wird der Sachstand im Projekt ‚RETURN‘ erläutert.

Auf Grundlage von § 16h SGB II würden junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren im Projekt ‚RETURN‘ eine Anlaufstelle finden, die Unterstützung bei der Überwindung von Schwierigkeiten biete, die sie z.B. daran hindern würden, eine schulische oder berufliche Ausbildung aufzunehmen und die von bestehenden Hilfsangeboten nicht erreicht würden. Ausgehend vom Prinzip der Freiwilligkeit erfolge die Umsetzung im Rahmen von Eins-zu-Eins-Betreuungen, wobei der Zugang niedrigschwellig sei und bspw. über Anregungen durch den sozialpsychiatrischen Dienst oder die Jugendämter erfolgen könne. Der Umstand, dass die Beziehungsarbeit auch im Sozialraum der Teilnehmenden stattfinden könne, erleichtere den Zugang, da die Hemmschwelle ‚Büro‘ entfalle. Die vielfältigen Unterstützungsangebote, wie z.B. Stabilisierung der Einkommensverhältnisse durch Prüfung von Ansprüchen auf Sozialleistungen bis zur Unterstützung bei der Antragstellung, die Stabilisierung der Wohnsituation, die häufig ein großes Hindernis vor der Bewältigung weiterer, regelmäßiger Aufgaben darstelle, etc., würden an den ‚festen‘ Standorten Coesfeld, Dülmen, Lüdinghausen und Senden umgesetzt. Daneben erfolge eine mobile Arbeit mittels eines Beratungsbullis und eines Elektroautos.

Hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmenden sei festzustellen, dass diese dort am Höchsten seien, wo das Projekt präsent sei. Die Akquise der Teilnehmenden erfolge auf unterschiedlichen Wegen, u.a. auch in Eigeninitiative. Zu den Problemlagen merkt Frau Schartel an, dass bei vielen Teilnehmenden eine psychische Instabilität bemerkbar sei. Häufig bestünden Probleme im Zusammenhang mit der Wohnung und einem eher instabilen, familiären Umfeld.

Positiv zu bewerten wäre, dass die Terminwahrnehmung bei den Teilnehmenden mit 83% sehr hoch sei. Um Kontakte zu halten, würden auch Messengerdienste genutzt, da diese bei den jungen Menschen eine hohe Akzeptanz erfahren.

Die Teilnehmenden würden in verschiedenen Entwicklungsschritten begleitet, die einige so nicht nicht erlebt hätten. Hierbei handele es sich um viele kleine Schritte, bei denen Prioritäten, wie z.B. die Wohnsituation, berücksichtigt würden.

Von 12 ehemaligen Teilnehmenden, die sich seit über 6 Monaten nicht mehr im Projekt befänden, sei eine Rückmeldung von 10 Teilnehmenden erfolgt. Hiervon würden zwei Personen mittlerweile in Vollzeit arbeiten, drei eine Ausbildung absolvieren, eine an einer anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen und zwei wieder zur Schule gehen. Bei zwei weiteren ehemaligen Teilnehmenden sei zumindest der Wohnraum gesichert worden.

Frau Schartel bewertet das Projekt insgesamt als sehr erfolgreich, da es verhindern könne, dass Jugendliche durch ein Netz fallen. Ktabg. Wessels äußert seinen Respekt für die geleistete Arbeit. Ktabg. Kleinschmidt erklärt, dass spürbar sei, wie nah die Verantwortlichen den Jugendlichen seien und bewertet diese Leistung als großartig. Frau Schartel gibt den Dank zurück für die Möglichkeit, die Arbeit machen zu können und bedankt sich für die Unterstützung. Sie stelle fest, dass die Teilnehmenden viel Energie besäßen, die sie vergeuden würden. Es ginge darum, diese Energien in die richtige Richtung zu lenken.

Dez. Schütt bedankt sich für die geleistete Arbeit – auch für die gute Vernetzung mit den Jugendämtern.

Ktabg. Wessels erkundigt sich nach der Befristung der Förderung. Dez. Schütt antwortet, die Bewilligung der Fördermittel sei bis Mai 2021 durch den örtlichen Beirat erfolgt.

Frau Schartel weist auf die befristeten Arbeitsverträge ihrer Kollegen hin und wäre daher für eine

möglichst frühe Entscheidung über eine mögliche Fortsetzung des Projektes dankbar.

Vorsitzende Schäpers bedankt sich für den engagierten Vortrag.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-9-1777

Bericht zum Übergang von der Schule in den Beruf im Kreis Coesfeld

Dez. Schütt teilt einleitend mit, dass die Sitzungsvorlage SV-9-1777 auf Bitten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch im Schulausschuss vorgestellt werden solle.

MA Mohring erläutert sodann die Sitzungsvorlage und führt aus, dass der Schulbetrieb unter dem Einfluss der Corona-Pandemie stark eingeschränkt sei. Von den Kammern werde die Situation im Handwerk als relativ entspannt beschrieben, wobei nicht ausgeschlossen sei, dass nichtkammerorganisierte Betriebe Probleme haben könnten.

Um Schüler auch jetzt noch in Ausbildung zu bringen, sei der Zeitraum für eine Nachvermittlung auf das Jahresende 2020 erweitert worden. Darüber hinaus seien die Akteure am Arbeitsmarkt aktiv geworden, indem das Informations- und Beratungsangebot durch die Schaffung von Hotlines verstärkt worden sei. Zudem seien die vom Land NRW in Kooperation mit der Kommunalen Koordinierungsstelle KAOA des Kreises Coesfeld und dem Bildungsträger Handwerks-Bildungsstätten e.V. erstmalig angebotenen Ferienkurse zur beruflichen Orientierung sehr stark nachgefragt worden.

Nun werde der Blick in die Berufskollegs gerichtet, um im Rahmen eines Screenings weitere Schülerinnen und Schüler (SuS) für eine Nachvermittlung zu finden, ohne die Schulen und die Schulleitungen dabei zu überfordern.

Es müsse davon ausgegangen werden, dass die Vermittlungen in Ausbildung sich im Bereich der IHK schwieriger gestalten würden als im Handwerk, da der Einzelhandel in der Corona-Pandemie mehr gelitten habe. Die Übergangsbegleitung an den Berufskollegs nehme dabei eine zentrale Rolle ein, deren Finanzierung aus Mitteln der Jobcenter bis zum Jahresende befristet sei. Es gelte hier zu überlegen, wie die wertvolle Arbeit fortgesetzt werden könne.

Ktabg. Raack erkundigt sich, ob die Ferienkurse für alle Berufsbereiche angeboten würden und ob auch Betriebe bei einer Durchführung direkte finanzielle Unterstützung erwarten könnten.

MA Mohring erläutert, dass nur überbetriebliche Angebote über die Handwerksbildungsstätten erfolgen könnten und eine Refinanzierung von betrieblichen Kursangeboten nicht möglich sei.

Dez. Schütt betont, dass der Aufruf zu den Ferienkursen fast zeitgleich mit dem Beginn der Sommerferien erfolgt sei. Unter dem zeitlichen Druck stelle es einen beachtlichen Erfolg der Handwerksbildungsstätten in Zusammenarbeit mit den Schulen dar, 66 SuS für eine Teilnahme zu gewinnen. Ziel für die Fortsetzung des Angebotes in den Herbstferien sei es, noch mehr SuS zu erreichen.

Vorsitzende Schäpers bedankt sich für den informativen Bericht.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-9-1779

Bericht zum Sachstand der Landesinitiativen „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und „Gemeinsam klappt´s“

AL Schenk erläutert unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage die Landesinitiativen „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und „Gemeinsam klappt´s“. Er erklärt kurz die einzelnen Förderbausteine der Initiative und teilt mit, dass die Interessensbekundungsverfahren zu den einzelnen Bausteinen noch nicht abgeschlossen seien. Allerdings sei das Teilhabemanagement (Baustein VI) mit einem Stellenumfang von 0,5 bereits pilotmäßig in Lüdinghausen gestartet. Das Teilhabemanagement sei beim Caritasverband für den Kreis Coesfeld angesiedelt und solle künftig mit insgesamt 1,5 Vollzeitstellen kreisweit implementiert werden.

Das Jobcenter des Kreises Coesfeld sei zwar grundsätzlich für die Zielgruppe der Initiative (Geduldete und Gestattete) nicht zuständig, engagiere sich aber dennoch u.a. als geschäftsführende Stelle gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum (KI), um in Form eines rechtskreisübergreifenden Austausches mit den zuständigen Trägern anderer Rechtskreise, wie z.B. der Bundesagentur für Arbeit, den örtlichen Städten und Gemeinden und den Jugendämtern im Kreis, Lösungen zur Einführung der neuen Angebote zu erarbeiten, die insbesondere auch Parallelstrukturen vermeiden sollen. In der Zusammenarbeit könnten für betroffene Menschen auch Übergänge in den SGB II-Leistungsbezug erleichtert und aktivierende Leistungen mitgestaltet werden.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-9-1774

Sachstandsbericht Betreuung Flüchtlinge

Dez. Schütt stellt anhand der im Vorfeld der Sitzung bereits ausgehändigten und als **Anlage 3** beigefügten Powerpoint-Präsentation die aktuelle Entwicklung der Zahlen der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, der Leistungsberechtigten im SGB II mit Fluchthintergrund und deren Aktivierungen dar. Es wird darauf hingewiesen, dass das Jobcenter aktuell die geflüchteten Menschen im Rahmen einer sog. Integrationsoffensive in den Blick genommen habe. Als aktuell in Planung stehende Maßnahmen nennt Dez. Schütt beispielhaft das Kompetenz-Feststellungs-Zentrum, die Maßnahme „Orientierung und erste Schritte in den Beruf“, die individuelle Arbeitsvermittlung sowie das im Ausschuss bereits vorgestellte Projekt „Hand in Hand“, das speziell für weibliche Leistungsbezieherinnen mit Fluchthintergrund konzipiert ist.

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-9-1773

Förderung der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen und psychischen Behinderungen

Dez. Schütt verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage und erläutert kurz die Ziele der seit 2004 vom Kreis Coesfeld unterstützten Kontakt- und Beratungsstelle (KBST) für Menschen mit psychischen Erkrankungen und psychischen Behinderungen.

Zum 01.01.2020 sei die Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe für die von der KBST betreuten Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. Behinderungen auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) übergegangen. Lediglich für die Kosten der Daseinsfürsorge, unter die die Beratung der Angehörigen der in der KBST betreuten Menschen gehöre, sei weiterhin der Kreis Coesfeld Kostenträger. Seitens des Kreises werde grundsätzlich die Auffassung vertreten, dass der LWL die KBST in voller Höhe zu finanzieren habe. Angesichts der vom örtlichen Sozialhilfeträger zu finanzierenden Leistungen der Daseinsfürsorge habe man sich mit dem LWL auf eine Finanzierungsquote von 80 % zu Lasten des LWL und zu 20 % zu Lasten des Kreises Coesfeld geeinigt, wobei diese Regelung zunächst für die Jahre 2020 und 2021 gelten solle. Mit dem entsprechenden Vereinbarungsentwurf habe sich der LWL einverstanden erklärt. Es sei gut und wichtig, dass das Angebot der KBST beibehalten werde. Ob der LWL dieses in Zukunft in Gänze übernimmt bzw. wie künftige Regelungen aussehen könnten, bleibe zunächst abzuwarten.

Vorsitzende Schäpers lobt die Arbeit der KBST und erklärt, dass die SPD-Fraktion keine Bedenken zu dem Beschlussvorschlag habe. Die Arbeit der KBST müsse auf jeden Fall fortgeführt werden.

Ktabg. Wessels bestätigt, dass die KBST eine große Akzeptanz erfahre und die Arbeit dort zu würdigen sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Formulierung im Beschlussvorschlag, dass eine Refinanzierung zu 80 % durch den LWL „in Aussicht“ stehe, aus seiner Sicht nicht klar genug sei. Ferner stelle sich die Frage, wer für die Prüfung von Qualität und für die Entwicklung von Standards zuständig sei. Der Kreis sei hierbei möglichst zu entlasten. Dieser Fragen werde auch im Rahmen der kommenden Haushaltsplanungen nachzugehen sein.

Dez. Schütt erläutert, dass für die Jahre 2020 und 2021 bereits das Einverständnis des LWL vorliege, 80 % der Kosten der KBST zu tragen. Der vom LWL bereits akzeptierte Vereinbarungsentwurf regle daher verbindlich diese Kostenverteilung für das laufende und das kommende Jahr. Im Laufe des Jahres 2021 solle dann das Verhältnis der Eingliederungshilfekosten zu den Leistungen der Daseinsfürsorge, also das Verhältnis der Beratung von Betroffenen und Angehörigen, evaluiert werden. Es werde davon ausgegangen, dass der Anteil des LWL dann ab 2022 über 80 % liegen werde, so dass die aktuelle Quote von 80 % eher als Minimum anzusehen sei.

Hinsichtlich der angesprochenen Standards erläutert Dez. Schütt, dass, da die Aufgabe der Eingliederungshilfe beim LWL liege, er davon ausgehe, dass der LWL im Laufe der Jahre 2021 und 2022 zunächst prüfen werde, was es in dessen Zuständigkeitsbereich alles an Angeboten und Verträgen gibt, um dann selbst Ideen und Strategien sowie Standards zu entwickeln. Das bleibe jedoch abzuwarten.

Vorsitzende Schäpers lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Der Kreis Coesfeld ist bereit, die Förderung der vom Caritasverband für den Kreis Coesfeld e.V. betriebenen Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen und psychischen Behinderungen auf der Grundlage einer Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung ab 01.01.2021 bis zunächst 31.12.2022 mit einem Betrag in Höhe von jährlich bis zu 145.887 € fortzusetzen. Es steht eine Refinanzierung in Höhe von 80 % dieser Summe durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Aussicht.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Angebotsträger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-9-1807

Aktueller Stand zum Coronainfektionsgeschehen

Vorsitzende Schäpers spricht eingangs zuvorderst dem Gesundheitsamt, aber auch den anderen an der Bewältigung der Corona-Krise beteiligten Abteilungen des Kreises, ihren Dank aus. Die dort während der Pandemie geleistete Arbeit könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Frau Klostermann erläutert das aktuelle Infektionsgeschehen. Im Vergleich zu den Nachbarkreisen sei die Situation im Kreis Coesfeld mit derzeit 8 erkrankten Personen stabil.

Es sei jedoch wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger im Kreis sich nicht zu sehr an den Alltag gewöhnen und weiterhin die wichtigen Schutz- und Hygieneregeln beachten.

Bei der Firma Westfleisch sei die Lage ebenfalls stabil. Die Belegschaft dort werde zurzeit täglich getestet und es sei mittlerweile auch eine große neue Lüftungsanlage eingebaut worden.

Viel Arbeit bereite derzeit die Testung von asymptomatischen Personen. Die Testung von Reiserückkehrern und von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern, die freiwillig alle 2 Wochen von letzteren wahrgenommen werden könne, erfolge über die niedergelassenen Ärzte. Für die Testungen von asymptomatischen Personen insbesondere in den WTG-Einrichtungen wie Altersheimen und Tagespflegeeinrichtungen sei jedoch das Gesundheitsamt zuständig. Hierfür sei mit Unterstützung des DRK Kreisverbandes in Dülmen eine Abstrichentnahmestelle eingerichtet worden.

Ktabg. Kleinschmidt macht deutlich, dass sie nicht nachvollziehen könne, weshalb während der Ausschusssitzung keine Maskenpflicht herrsche. Sie bittet um eine Einschätzung von Frau Klostermann zur Gefährdungslage im Sitzungssaal.

Frau Klostermann macht deutlich, dass sie das Tragen von Masken sehr wohl für sinnvoll erachte, man

aber auch mit einer herkömmlichen Mund-Nasen-Bedeckung nicht zu 100 % vor einer Ansteckung geschützt sei. Angesichts der Tatsache, dass mit der Platzierung der Ausschussmitglieder im Sitzungssaal die notwendigen Abstände eingehalten würden, habe sie keinerlei Bedenken, die Sitzung ohne die Tragung von Masken abzuhalten.

Ktabg. Postruschnik erkundigt sich, ob Feldtestungen geplant seien, um eine mögliche Dunkelziffer an Corona-Infizierten zu ermitteln.

Frau Klostermann verneint dieses und verweist darauf, dass evtl. Feldtestungen wohl eher im Rahmen von Studien erfolgen müsste. Interessant seien in diesem Zusammenhang auch vielmehr Antikörperteste. Eine Zuständigkeit des Gesundheitsamtes hierfür sei nicht gegeben. Der Fokus des Gesundheitsamtes liege vielmehr darauf, die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern und insbesondere die älteren Menschen, die beispielsweise in Altersheimen leben, zu schützen.

TOP 8 öffentlicher Teil

Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

Vorsitzende Schäpers blickt zurück auf die Arbeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit während der vergangenen Legislaturperiode und bedankt sich bei allen Mitgliedern für die tolle Zusammenarbeit. Zwölf Jahre habe sie nunmehr den Vorsitz inne. In diesen Jahren sei der Ausschuss immer weiter zusammengewachsen und habe viel erreicht.

Am 04.09.2014 habe der Ausschuss in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal getagt und gleich den Haushalt beraten. Sie habe es als bereichernd empfunden, dass nunmehr auch der Bereich der Gesundheit Teil des Ausschusses sei. Gleich zu Anfang seien die Pflegekonferenz und die Gesundheitskonferenz gegründet worden, somit man damals schon große Schritte gegangen sei.

Der Ausschuss habe im Laufe der Jahre mehrere Besuche abgehalten, die nicht nur dazu dienten, sich zu informieren, sondern auch, den gastgebenden Trägern die Wertschätzung für deren Arbeit auszudrücken.

Die Politik habe viele Gesetzesänderungen begleitet, wobei sie glücklicherweise auf die Erfahrungen der vielen im sozialen Bereich tätigen sachkundigen Bürger habe zurückgreifen können.

Besonders am Herzen gelegen habe ihr persönlich das Projekt „ambulant vor stationär“, welches zu großen Erfolgen geführt habe; sowohl für die Menschen im Kreis als auch für den Haushalt des Kreises Coesfeld.

Vorsitzende Schäpers spricht ihren ausdrücklichen Dank auch an die Presse aus und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises, die direkt, aber auch im Hintergrund für die Organisation und den stets guten Ablauf der Sitzungen gesorgt haben.

Die im Ausschuss vertretenen Fraktionen hätten zwar verschiedene Wege, jedoch stets ein gemeinsames Ziel vor Augen gehabt, so dass stets ein respektvoller Umgang herrschte.

Ktabg. Willms betont, dass die Vorsitzende stets ein wichtiges und gutes Bindeglied zwischen den Fraktionen gewesen sei und in dieser Position eine tolle Arbeit geleistet habe. Sie sprach der Vorsitzenden Schäpers daher im Namen des ganzen Ausschusses großen Dank aus.